

Pressemitteilung

5. März 2010

CDU: „Jugendarbeit neu definieren“

Der CDU-Stadtverband Spaichingen beschäftigt sich aktuell intensiv mit der Zukunft der Jugendarbeit in Spaichingen. Nachdem das Stadtjugendreferat nach dem Weggang von Stephan Ude und Verena Kriegisch inzwischen verwaist ist, spricht sich die CDU dafür aus, die Jugendarbeit in der Stadt zu überdenken. „Wir müssen die jetzige Situation als Chance begreifen, die Arbeit des Stadtjugendreferats auf den Prüfstand zu stellen, möglicherweise eine Neukonzeption vorzunehmen und dabei neue Schwerpunkte zu setzen“, so CDU-Vorsitzender Tobias Schumacher. Es sei richtig gewesen, die Stelle von Stephan Ude wieder auszuschreiben, gleichzeitig müsse aber auch über die Aufgabenstellung beraten werden. Dies habe die CDU-Fraktion im Gemeinderat bereits deutlich gemacht.

Am vergangenen Mittwoch diskutierte der CDU-Ausschuss über das Thema. Dabei waren die Schulsozialarbeiterinnen Julia Hauser (Schillerschule) und Nicole Merkt (Rupert-Mayer-Schule) bei der CDU zu Gast. Zunächst stellten die beiden Sozialarbeiterinnen die Aufgaben und Ansatzpunkte der Schulsozialarbeit dar und erläuterten ihre Tätigkeit. Diese gliedert sich in die Bereiche Einzelfallhilfe und Beratung, Konfliktberatung sowie Krisenintervention, soziale Gruppenarbeit, Einrichtung eines Schülertreffs sowie Projektarbeit. Der Vorstand sowie die außerdem anwesenden Stadträte Birgit Schmid und Steffen May waren sich in der Runde einig über die große Wichtigkeit dieser fachlich qualifizierten Arbeit und Einrichtung.

Kontrovers wurde über das „Wie“ der künftigen Arbeit des Stadtjugendreferats diskutiert. So soll nach Meinung der CDU die Eckpunkte der künftigen Jugendarbeit in Spaichingen durch eine Arbeitsgruppe mit Unterstützung von Fachleuten von außen möglichst rasch erarbeitet

werden, um den Jugendlichen und Heranwachsenden in Spaichingen ein möglichst attraktives, effektives aber auch effizientes Angebot machen zu können. Die CDU plant hierzu in Kürze eine öffentliche Veranstaltung, zu der auch Vertreter der Schulen, Kirchen und Vereine eingeladen werden sollen.